

Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 01.10.2025
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:21 Uhr
Ort, Raum: Rodenkirchen großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Elke Kuik-Janssen

Mitglieder

Herr Olaf Helwig
Frau Monika Hirdes
Herr Jürgen Neels
Herr Horst Wieting

Gäste

Herr Günter Busch

von der Verwaltung

Hans-Rasmus Steinke
Herr Bürgermeister Harald Stindt

Protokollführer-/in

Frau Svetlana Pfannenstiel

Abwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Fritz
Herr Oleg Wilhelm

von der Verwaltung

Herr Robby Müller

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift der 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit am 25.09.2024 -öffentlicher Teil
- 3 Einwohnerfragestunde

- 4 Energiebericht 2024
Vorlage: MV/105/2025
- 5 Lärmaktionsplan Gemeinde Stadland
1. Entwurf zur Prüfung / Fortschreibung gem. § 47 d Abs. 5
BlmSchG
2. Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: BV/027/2025
- 6 Nachhaltigkeitsstrategien Gemeinde Stadland
Vorlage: BV/101/2025
- 7 Einschränkung des Betriebs von Mährobotern während der
Nachtzeit zum Schutz nachtaktiver Tiere
Vorlage: BV/106/2025
- 8 Durchführung einer Baumpflanzaktion im Gemeindegebiet
Vorlage: BV/107/2025
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 10 Anfragen der Ratsmitglieder
- 11 Einwohnerfragestunde

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Kuik-Janssen eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und begrüßt alle Anwesenden Ratsmitglieder, die Pressevertreter und den neuen Mitarbeiter der Gemeinde, Herrn Steinke.

zu 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Kuik-Janssen stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 1.2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Kuik-Janssen lässt über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

**Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0
einstimmig beschlossen**

zu 2	Genehmigung der Niederschrift der 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit am 25.09.2024 -öffentlicher Teil
-------------	---

Die Ausschussvorsitzende Frau Kuik-Janssen lässt über die Genehmigung der Niederschrift der 7.Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit am 25.09.2024 -öffentlicher Teil- abstimmen.

Abstimmungsergebnis

**Ja 4 Nein 0 Enthaltung 1
einstimmig beschlossen**

zu 3	Einwohnerfragestunde
-------------	-----------------------------

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 4	Energiebericht 2024 Vorlage: MV/105/2025
-------------	---

Sach- und Rechtslage:

Vorstellung und Erläuterung des aktuellen Energieberichts durch die Verwaltung.

Der Bericht wird zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Der Bürgermeister Herr Stindt führt aus, dass die Verwaltung die Software-Limbo der EWE bereits vor zwei Jahren vorgestellt hat. Diesen wird jetzt auch genutzt, um Energieverbräuche in den kommunalen Liegenschaften zu erfassen und anschließend auszuwerten.

Die derzeitige Datenlage im Bereich Energieverbrauch stellt noch keinen verlässlichen oder aussagekräftigen Zustand dar.

Die Hauptgründe sind:

- Es werden immer noch mehrere Verbrauchstellen über einen gemeinsamen Zähler erfasst
- Für das Jahr 2024 liegen teilweise noch keine Abrechnungen vor oder konnten noch nicht eingepflegt werden.
- Zudem gibt es begrenzten personellen Ressourcen,

Dieser Energiebericht dient eher als Entwurf bzw. die Darstellung einer ersten Struktur, wie ein zukünftiger Bericht aussehen könnte.

Ratsfrau Kuik-Janssen findet, dass sich der Verbrauch zwischen 2023 und 2024 in einigen Sporteinrichtungen offenbar verdreifacht hat. Ebenso ist der Stromverbrauch in einigen

kommunalen Einrichtungen, Beispiel Kita Firlefan, gestiegen. Besonders im Fokus stehen die Duschen in den Sporthallen und sie fragt sich, ob es technische oder organisatorische Gründe für diesen Anstieg gibt. Hier wurde angeregt, technische Maßnahmen wie automatische Duschabschaltungen oder wassersparende Armaturen zu prüfen und ggf. einzuführen. Außerdem regt Ratsfrau Kuik-Janssen an die Gespräche mit Nutzern der Einrichtungen zu führen und gegebenenfalls Dienstanweisungen zum sparsamen Energieeinsatz zu erarbeiten. Sie bittet, dass die Verwaltung die letzten Zahlen einpflegt und noch mal zur Verfügung stellt.

Ratsherr Wieting regt an, dass es hingearbeitet werden muss, dass Wasser- und Heizungsverbrauch zukünftig gemeinsam elektronisch erfasst werden. Das würde die Ablesekosten reduzieren und eine einheitliche Verbrauchserfassung ermöglichen.

Ratsherr Helwig erzählt, dass EWE aktuell auf Smart umrüstet. Die neue Generation dieser Zähler kann Verbrauchsdaten automatisch und fernauslesbar übertragen.

Es wird betont, dass die Nutzer stärker eingebunden und sensibilisiert werden sollen.

zu 5 Lärmaktionsplan Gemeinde Stadland
1. Entwurf zur Prüfung / Fortschreibung gem. § 47 d Abs. 5 BImSchG
2. Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: BV/027/2025

Sach- und Rechtslage:

Die Lärmaktionsplanung nach Umgebungslärmrichtlinie (URL) ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde (§ 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetz).

In Niedersachsen erfolgt alle fünf Jahre eine Lärmkartierung für alle Hauptverkehrsstraßen durch das Niedersächsische Umweltministerium (zuletzt im Okt. 2020). Alle von kartierten Umgebungslärm betroffenen Gemeinden haben darauf aufbauend einen Lärmaktionsplan zu erstellen. Die Gemeinde Stadland gehört mit der B437 und der B212 (mit > 3 Mio Kfz/Jahr) dazu.

Aufgrund wesentlicher Änderung bei Zuschlägen für die Eingangsdaten sowie der Auswertung betroffener Anwohner sind die Daten nicht mit der Lärmkartierung der 3. Runde (2020) vergleichbar. Außerdem folgen die vorliegenden Zahlen aus Hochrechnungen und nicht aus Verkehrszählungen. Die Anzahl der Betroffenen fällt u.a. auf Grund der vorgenannten Parameter größer aus. Neu aufgenommen wurden gesundheitliche Auswirkungen (stark belästigte Personen, stark schlafgestörte Personen und Personen mit ischämischen Herzkrankheiten).

Analyse

Statistisch, auf Grundlage der Auswertung der Lärmkarten des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU), sind in Stadland 159 Personen stark durch Verkehrslärm belästigt und es leiden 32 Personen an starker Schlafstörung. Nach einschlägiger Berechnungsmethode werden die vom MU empfohlenen Auslösewerte von 65/55 dB(A) für keinen Bewohner ganztags jedoch für 100 Bewohner nachts überschritten. Die (rechnerisch) 60 belasteten Wohngebäude befinden sich im Bereich der B437 Abschnitt Schwei und in einem Teilstück des Bereichs B437 Höhe Mittenfelder Weg bis Anschluss K200 (Nordenhamer Straße).

Der Bereich der ermittelten Belastung durch Verkehrslärm beträgt rd. 4,4 km². Dieser Bereich ist mit ca. 4 % im Verhältnis der Gesamtfläche der Gemeinde Stadland als sehr gering anzusehen. Ruhige Bereiche, die mit geringeren Pegeln belastet sind, können von allen Ortsteilen schnell erreicht werden. Auf eine Ausweisung von ruhigen Gebieten wird aus diesem Grund verzichtet.

Ergebnis

Insgesamt gibt es keine Anwohner, die von hohen Belastungen über den Auslösewerten von 65 dB(A) ganztagsbetroffen sind. Nachts sind 100 Anwohner oberhalb des Auslösewertes von 55 dB(A) betroffen.

Maßnahmen

- Großflächige planerische Maßnahmen scheiden aufgrund der unzureichenden, gering belastbaren, Datenbasis (Statistik, Hochrechnung von Zahlen) aus.
- Für Maßnahmen zur Geräuschminderung an Straßen ist der jeweilige Straßenbaulastträger verantwortlich. Für die in Stadland befindlichen Teilabschnitte der B212 und B437 sind nach Auskunft des Straßenbaulastträgers Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Vertretung des Bundes keine Schallschutzmaßnahmen vorgesehen.

Eine Prüfung von Lärmsanierung in Form von passivem Schallschutz (Schallschutzfenster etc.) an hochbelasteten Wohngebäuden direkt an dem Bundesfernstraßen wird empfohlen. Soweit gerechtfertigt werden die Maßnahme von der NLStBV im Zuge der Lärmsanierung gefördert.

- Empfehlungen zu lärm mindernden Maßnahmen für den „Gesamtort“ sind im Lärmaktionsplan aufgeführt. Ebenso werden Vorschläge für langfristige Strategien vorgeschlagen. Einige der Empfehlungen und Strategien werden finden in der Gemeinde Stadland bereits Berücksichtigung.

Fazit

Die Ermittlung der durch Lärmschutzmaßnahmen entlasteten Personen steht nicht im Verhältnis zum Erkenntnisgewinn. Aus dem Grunde lassen sich auch keine Kosten für Maßnahmen zuordnen. Der Lärmaktionsplan wird bei bedeutsamen Entwicklungen für die Lärmsituation überprüft, mindestens auf gesetzlicher Grundlage in fünf Jahren.

Mitwirkung der Öffentlichkeit

Vor Inkrafttreten des Lärmaktionsplans Stadland ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung zum vorliegenden Entwurf durchzuführen.

Die Offenlegung ist durch den Verwaltungsausschusses der Gemeinde Stadland zu beschließen.

Beratung:

Der Bürgermeister führt aus, dass bereits vor einigen Jahren einen Lärmaktionsplan beschlossen wurde. Es müsste alle paar Jahre überarbeitet und aktualisiert werden.

Es wurde im politischen Raum der Wunsch geäußert, den Plan erneut zu überprüfen und ggf. aktuelle Hinweise und neue Entwicklungen zu berücksichtigen.

Zwischenzeitlich wurde gebeten die Lärmaktionsplan öffentlich zur Verfügung zu stellen.

Ziel ist es auf Grundlage der politischen Beratung weiter Hinweise kriegen, werden die aufgenommen und nochmal eine öffentliche Beteiligung durchgeführt.

Ratsfrau Kuik-Janssen führt aus, dass gemäß der Lärmaktionsplanung es ruhige Gebiete geben soll, um gesundheitliche Auswirkungen durch den Lärm zu vermeiden. Der Fokus liegt im jetzigen Entwurf auf Hauptstraßen und Bundesstraßen. Es könnte im Ort genauer geschaut werden, ob es bestimmte Bereiche gibt, die besonders von Lärm betroffen sind. Auch bei der Planung neuer Baugebiete sollte man frühzeitig mitdenken. Bei Öffentlichkeitsbeteiligung muss überlegt werden, wie die Bürger/innen besser eingebunden werden können.

Ratsherr Busch weist darauf hin, dass der Lärmaktionsplan bereit einstimmig beschlossen wurde. Es wurde ergänzt, dass die Hafendorferstraße und die Deichstraße in den Plan aufgenommen wurden. Es wird vorgeschlagen, die Auslegung des Plans vor dem Ratsbeschluss durchzuführen, damit die Öffentlichkeit sich vor einer eindeutigen Entscheidung einbringen kann. Seitens CDU-Fraktion sollen die Beschlüsse aus der letzten Sitzung verbindlich in den Plan aufgenommen werden.

Ratsfrau Hirdes fragt nach, ob die Messungen regelmäßig durchgeführt wurden.

Es wurde seitens Verwaltung verneint, da bis jetzt keine analytischen Verfahren eingesetzt wurde, um diese zu messen.

Ratsfrau Kuik-Janssen ergänzt, dass es weltweit die Empfehlungen gibt für Lärmmessungen und Bewertungen, aber in der Umsetzung in kleinen Orten schwierig sind. Trotzdem ist es wichtig, bei der Planung von Baugebieten und Verkehrsmaßnahmen auch ohne konkrete Messungen die möglichen Lärmauswirkungen zu berücksichtigen.

Ratsherr Neels merkt an, dass der Lärm der Windkraftanlagen nicht in den Plan steht.

Ratsfrau Kuik-Janssen antwortet darauf, dass bei Windkraftanlagen genaue gesetzliche Vorschriften gibt, wie Lärmemissionen gemessen und bewertet werden müssen. Die Betreiber sind verpflichtet, Lärmgutachten zu erstellen.

Es wird um die Ergänzung in der Beschlussempfehlung um die oben genannten Straßen gebeten.

Die Ausschussvorsitzende Frau Kuik-Janssen lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Entwurf des Lärmaktionsplan Stadland wird zur Kenntnis genommen.
Der Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Lärmaktionsplan Stadland wird gefasst.

Abstimmungsergebnis

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 1
einstimmige Beschlussempfehlung

Sach- und Rechtslage:

Das Thema der Nachhaltigkeitsstrategie wurde politisch zurückgestellt. Eine beabsichtigte Beteiligung der Öffentlichkeit ist bislang noch nicht erfolgt.

Aus der politischen Diskussion ergibt sich das weitere Vorgehen mit dem vorliegenden Konzept.

Die Ausschussvorsitzende Frau Kuik-Janssen führt aus, dass es eine Internetadresse gab, über die sich Bürger beteiligen konnten. Diese Maßnahme war jedoch nicht sehr erfolgreich.

Viele Themen und Projekte laufen bereits oder haben sich weiterentwickelt, weshalb manches aktualisieren werden muss.

Ratsherr Helwig äußerte sich kritisch zum aktuellen Stand der bisherigen Behandlung des Klimakonzepts. Er wies darauf hin, dass das Thema Klimaschutzkonzept zuletzt vor über zwei Jahren behandelt wurde. Seitdem gab es keine nennenswerten Fortschritte oder neue Konzepte. Bereits seit Beginn der Ratsperiode wurde erste Grundsatzbeschluss zu Erstellung eines Klimakonzepts gefasst. Es wurde auch beschlossen, einen Umwelttag einzuführen, der einstimmig angenommen wurde. Trotz dieser Beschlüsse ist wenig passiert und keine wirkliche Umsetzung erfolgte. Er plädierte dafür, dass Thema Klimaschutz und das aktuelle Konzept in dieser Ratsperiode ruhen zu lassen.

Ratsfrau Kuik-Janssen führt aus, dass das Thema im letzten Umweltausschuss behandelt wurde. Dort wurden auch Hinweise gegeben, die in den Entwurf eingearbeitet sind. Es wurde auch andere Fraktionen gebeten, ebenfalls die Beiträge zu liefern. Der gefasste Beschluss bzgl. Durchführung von Umwelttagen lautet, dass Umwelttagen künftig im Rahmen anderer Veranstaltungen (z.B. Dorffeste) eingebunden werden sollen. Zudem schlägt sie vor, eine kleine Arbeitsgruppe (aus jeder Fraktion zu bilden), die den Entwurf schnell aktualisiert. Anschließend könnte man eine öffentliche Veranstaltung für interessierte Bürger/innen organisieren, um das Konzept gemeinsam abzuschließen und im Rat zu beschließen.

Ratsfrau Hirdes ist der Meinung, dass Konzept soll weiterverfolgt werden und sobald es überarbeitet wurde, sollte die Bevölkerung schnellst informiert und einbezogen werden.

Die Ausschussvorsitzende Frau Kuik-Janssen lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Beschlussempfehlung ergibt sich aus der politischen Beratung.

Abstimmungsergebnis

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 1
einstimmige Beschlussempfehlung

zu 7	Einschränkung des Betriebs von Mährobotern während der Nachtzeit zum Schutz nachtaktiver Tiere Vorlage: BV/106/2025
-------------	--

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 15.09.2025 beantragt die Fraktion B 90/ Die Grünen den Einsatz von Mährobotern im Gemeindegebiet nach Einbruch der Dämmerung bis zum Sonnenaufgang zu untersagen.

Die Nutzung von Mährobotern in Abend- und Nachtstunden stellt eine erhebliche Gefahr für Igel und andere nachtaktive Tiere dar. In vielen Fällen kommt es zu schwereren Schnittverletzungen, die oft zu einem qualvollen Tod führen.

Gemäß § 44 Abs.1 Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) ist es verboten, wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten zu verletzen oder zu töten. Der nächtliche Einsatz von Mährobotern kann einen Verstoß gegen dieses Tötungs- und Verletzungsverbot darstellen.

Moderne Mähroboter verfügen in der Regel über einstellbare Betriebszeiten, sodass eine Anpassung an diese Regelung technisch problemlos möglich ist.

Beratung:

Ratsfrau Kuik-Janssen begründet Ihren Antrag und ergänzt einige wichtige Punkte, insbesondere in Bezug auf die gefährdete Art - den Igel. Sie führt aus, der Igel steht, mittlerweile auf der roten Liste und gilt als potenziell gefährdet. Natürlich ist es nicht nur auf einzelnen Faktor zurückzuführen. Es gibt eine Vielzahl von Gefahren für Igel unter anderen sind es Mähroboter. Gerade ältere Modelle stellen eine große Gefahr dar, da sie nicht erkennen können, ob sich ein Tier in der Nähe befindet. Die neueren Modelle sind zwar programmierbar und mit besseren Sensoren ausgestattet, aber das allein reicht nicht.

Andere Kommunen sind bereits aktiv geworden und haben eine Verordnung beschlossen. Es besteht ein Regelungsbedarf und wir als Kommune können und sollen handeln.

Ratsherr Neels meinte, dass es im Grunde richtig ist, aber in der Gemeinde gibt es Mähroboter, die Fläche mit Sensoren erfasst und den Igel frühzeitig erkennt. Seiner Meinung nach sollten solche Geräte aus pauschalen Begrenzungen ausgenommen werden.

Ratsherr Wieting schlägt vor, die Bürger/innen darauf hinzuweisen, ihre Mähroboter nicht nachts oder in den frühen Morgenstunden laufen zu lassen. So kann der Schutz von kleinen Tieren verbessert werden.

Ratsfrau Hirdes merkt an, was nutzt eine Verordnung, wenn keiner kontrollieren kann. Sie spricht dafür, dass erstmal die Bevölkerung zu informiert und sensibilisiert wird.

In der Diskussion wurde deutlich, dass der Einsatz von Verboten kritisch gesehen wird. Es wurde betont, dass solche Maßnahmen oft schwer kontrollierbar sind und bei der Bevölkerung auf Widerstand stoßen könnte. Es wurde vorgeschlagen, die Erstellung eines Flyers mit Informationen über die Gefährdung von Igeln durch Mähroboter sowie Tipps für einen Igelfreundlichen Garten. Auch Themen wie Schottergärten und Grabenpflege könnten im Rahmen eine Kampagne aufgegriffen werden.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu einen Vorschlag zu erarbeiten.

Frau Kuik-Janssen hat den Antrag zurückgenommen.

Geänderte Beschlussempfehlung:

Die Gemeinde führt Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Igelschutz durch, insbesondere der Nutzung von Mährobotern.

Die Verwaltung erstellt einen Informationsflyer und entwickelt einen Vorschlag zur geeigneten Verteilung des Flyers.

Die Ausschussvorsitzende Frau Kuik-Janssen lässt über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0
einstimmige Beschlussempfehlung

zu 8 Durchführung einer Baumpflanzaktion im Gemeindegebiet
Vorlage: BV/107/2025

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 15.09.2025 beantragt die Fraktion B.90/Die Grünen eine Baumpflanzaktion auf gemeindeeigenen Flächen durchzuführen.

Diese Pflanzaktion soll sowohl als Ersatzpflanzung für im Verantwortungsbereich der Gemeinde gefällte Bäume dienen als auch der Neupflanzung zur ökologischen Aufwertung und im Rahmen der Klimaanpassung im Gemeindegebiet.

Die Anpflanzung von Bäumen verfolgt mehrere Ziele in der Gemeinde. Den CO₂-Ausstoß zu kompensieren, das Ortsklima sowie Ortsbild zu verbessern und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu steigern.

Ratsfrau Kuik-Janssen bedankt sich als erstes bei allen Bürgern für eine tolle Baumpflanz-Challenge.

Ratsherr Busch berichtet, dass öfters die Baumpflanzaktionen mit Unterstützung der Gemeinde durchgeführt wurden. Ratsherr Busch betont, dass künftig gezielte geeignete nutzbare Flächen gesucht werden sollen, wo die sinnvollen Anpflanzungen von 30-50 Bäumen möglich wäre. Abschließend weist Herr Busch auf die Bedeutung klimaresilienter Baum- und Straucharten hin. Eine Liste mit empfohlenen Arten wurde der Verwaltung bereits zur Verfügung gestellt.

Es wurde hingewiesen, dass es nicht nur um Einzelpflanzungen geht, sondern insbesondere darum größere geeignete Flächen zu finden, auf denen auch die Biotope entstehen können. Abschließend wird angeregt, bei zukünftigen Pflanzungen auch Obstbäume zu bevorzugen, um einen zusätzlichen ökologischen und sozialen Nutzen zu erzielen.

Die Ausschussvorsitzende lässt über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt geeignete Standorte auszuwählen und die Baumpflanzaktion in Zusammenarbeit mit Bürgervereinen oder anderen Institutionen zu planen und umzusetzen. Die Höhe der verfügbaren Haushaltsmittel begrenzt die Maßnahme.

Abstimmungsergebnis

Ja 4 Nein 1 Enthaltung 0
mehrheitliche Beschlussempfehlung

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Der Bürgermeister teilt mit:

- in Rodenkirchen gibt es weiterhin Probleme mit der Straßenbeleuchtung. Die meisten Straßen sind provisorisch angeschlossen. Die Elektriker arbeiten daran.
- Abriss der Grundschule in Schwei ist erfolgt, allerdings die wurden die Arbeiten im Bereich der Aula wegen des Hortbetriebes bis 15.10.2025 gestoppt.
- Glasfaserausbau in Rodenkirchen ist fast abgeschlossen, in Schwei geht es los.
- Pumptrack: Online- Beteiligung der Jugendlichen läuft, mit über 60 Teilnehmern und wird als gelungen bewertet.

Termine:

- 5.10. Erntedankfest in Rodenkirchen
- 10.10. Erntedankfest in Schwei
- 12.10. Erntedankfest in Seefeld
- 09.10. Infrastrukturausschuss

zu 10 Anfragen der Ratsmitglieder

Ratsherr Helwig beschreibt die aktuelle Situation bei der Skateboard Anlage in Schwei, wo die Kinder mit Skateboards oder Inliner nicht genug Anlauf bekommen, um ein Podest zu erreichen. Grund dafür sind aufgestellte Poller oder Tonnen, die den Anlauf einschränken. Er fragt, ob es machbar wäre die Begrenzungen so zu positionieren, dass mehr Fläche für den Anlauf zur Verfügung steht und die Kinder weiterhin gefahrlos fahren können, ohne in den fließenden Verkehr zu geraten.

Ratsfrau Hirdes führt aus, dass in der Gemeinde viele Obstbäume stehen, und fragt, ob die Bürger diese ernten dürfen.

Der Bürgermeister antwortet darauf, dass dieses eine gute Idee wäre die Obstbäume zu kennzeichnen, wie in den anderen Gemeinden und die Bürger darüber informieren, dass sie diese ernten dürfen.

zu 11 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Elke Kuik-Janssen
Vorsitzende

Harald Stindt
Bürgermeister

Svetlana Pfannenstiel
Protokollführerin

Seite 10 von

